



Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

Es informiert Sie Kathrin Hartmann  
Anschrift Rathaus Barmen  
42275 Wuppertal  
Telefon (0202) 563 6964  
Fax (0202)  
E-Mail hartmann@spdrat.de  
Datum 30.03.2005

*Herr Stadtverordneter Arnold Norkowsky  
Vorsitzender des Ausschusses für Soziales, Familie  
und Gesundheit*

**Antrag**

**Drucks. Nr. VO/0440/05**  
öffentlich

---

Zur Sitzung am  
**21.04.2005**

Gremium  
**Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Familie**

---

## **Erschließung finanzieller Ressourcen auf der Grundlage des § 16 SGB II Antrag der SPD-Fraktion vom 30.03.2005**

### **Beschlussvorschlag**

Sehr geehrter Herr Norkowsky,  
die SPD-Fraktion beantragt, der Ausschuss Soziales, Jugend und Familie möge beschließen:

Die Verwaltung wird aufgefordert darzustellen, welche finanziellen Ressourcen auf der Grundlage des § 16 SGB II – Leistungen zur Eingliederung – erschlossen werden können, um die vorhandenen Einrichtungen der psychosozialen Betreuung, der Schuldner- und der Suchtberatung so auszubauen, dass sie die Anforderungen, die aus dem § 16 SGB II resultieren, erfüllen können.

Die Verwaltung wird aufgefordert, mit den Trägern der Beratungsangebote Vereinbarungen zu treffen, damit die Angebote in den Bereichen psychosoziale Betreuung, Schuldner- und Suchtberatung an die neuen Bedingungen angepasst werden können.

### **Begründung:**

Erwerbsfähige Arbeitslosengeld II-Empfängerinnen und -empfänger erhalten erstmals Zugang zu Leistungen der Bundesagentur für Arbeit mit dem Ziel, sie möglichst schnell in Beschäftigung zu vermitteln.

§ 16 SGB II besagt, dass die psychosoziale Betreuung, die Schuldner- und die Suchtberatung zu den Leistungen gehören, die für die Eingliederung eines erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in das Erwerbsleben erforderlich sind. Daraus lässt sich schließen, dass hierzu – auch unter

den Bedingungen der Haushaltskonsolidierung – Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen.

Da mit den vom SGB II betroffenen Personen Eingliederungsvereinbarungen getroffen werden, die diese verpflichten, ggf. die oben genannten Angebote wahrzunehmen, ist davon auszugehen, dass die Nachfrage nach diesen Beratungsangeboten steigen wird.

Mit freundlichen Grüßen  
gez.  
Andreas Mucke  
Stellvertr. Vorsitzender  
der SPD-Ratsfraktion